



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei, Claudia Köhler, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Medienbudget an Schulen auskömmlich gestalten
(Kap. 05 04 Tit. 893 77)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushalt 2025 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 05 04 wird der Ansatz im Tit. 893 77 (Investitionsförderung für Sonstige) von 108.000,0 Tsd. Euro um 14.500,0 Tsd. Euro auf 122.500,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Das bisherige Medien- und KI-Budget stellt pro Schülerin und Schüler an weiterführenden Schulen lediglich 10,38 Euro zur Verfügung. Diese Summe ist deutlich unzureichend, um den Anforderungen einer modernen und zukunftsorientierten Bildung gerecht zu werden.

Bereits die Kosten für digitale Schulbücher belaufen sich auf ca. 8 bis 9 Euro pro Schülerin und Schüler und Jahr, allein für ein Fach. Dies zeigt, dass das bestehende Budget nicht einmal die Grundausstattung in einem Bereich abdeckt. Für eine flächendeckende digitale Ausstattung, die auch Anwendungen wie Lehr- und Lernplattformen oder KI-gestützte Tools einschließt, sind deutlich höhere Investitionen erforderlich.

Kommunale Sachaufwandsträger werden durch das unzureichende Medienbudget gezwungen, selbst zusätzliche Mittel bereitzustellen, um die nötigen digitalen Anforderungen für eine moderne Bildung zu erfüllen. Viele Kommunen – insbesondere finanzschwache – stoßen dabei jedoch an ihre finanziellen Grenzen. Die aktuelle Haushaltssituation in zahlreichen Gemeinden macht es ihnen unmöglich, diese Last zu tragen.

Die Qualität der Bildung darf nicht von der Finanzkraft der einzelnen Kommune abhängen. Ein unzureichendes Medienbudget verstärkt soziale Ungleichheiten, da finanziell besser gestellte Kommunen eher in der Lage sind, in Bildung zu investieren, während Kinder aus finanzschwachen Gemeinden benachteiligt werden. Dies steht im Widerspruch zum Ziel, allen Schülerinnen und Schülern gleiche Bildungschancen zu ermöglichen.

Der Freistaat muss seiner Verantwortung gerecht werden, gerade finanzschwache Kommunen zu entlasten. Nur durch eine deutliche Erhöhung des Medienbudgets kann sichergestellt werden, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrem Wohnort Zugang zu einer zeitgemäßen Bildung haben.

Das Budget pro Schülerin und Schüler muss verdoppelt werden, um eine moderne, zukunftsfähige und gerechte Bildung zu gewährleisten. Diese Mittel sind notwendig, um Bayern im Bildungsbereich zu einer Vorreiterrolle zu verhelfen und Schülerinnen und

Schüler adäquat auf die Anforderungen der digitalen und nachhaltigen Transformation vorzubereiten.